

# Pflegeeltern unterstützen

Fachtagung der Linksfraktion verdeutlichte die sehr unterschiedlichen Standards

**Wer sich für ein Pflegekind entscheidet, hat in der Regel den Wunsch, als Familie mit einem Kind oder Kindern zusammen zu leben. Selten ist das Ziel, psychologische, traumatherapeutische, sonderpädagogische, familientherapeutische und im Kinder- und Jugendrecht ausgebildete Fachpersonen zu werden.**

Das ist aber oft die Folge der Entscheidung für ein Pflege- oder Adoptivkind. Umso mehr Unterstützung die Eltern erhalten, umso besser sind die Entwicklungschancen für das Kind. Umso wahrscheinlicher ist aber auch, dass diese Familie ein Vorbild für andere ist, die überlegen, ein Pflegekind in die Familie aufzunehmen.

Der Thüringer Landesverband hat in weit über 300 Beratungsgesprächen eine Befragung zur Unterstützung der Eltern durchgeführt. Knapp 40 Prozent empfanden die Betreuung durch das Jugendamt als sehr gut oder gut – rund 60 Prozent jedoch als lediglich befriedigend bis mangelhaft. Nur ein Drittel der Eltern fühlte sich partnerschaftlich behandelt. Selbst bei der Vermittlung eines Kindes – einer entscheidenden Phase – waren nur 44 Prozent wirklich zufrieden mit der Vorbereitung durch ihre Jugendämter. Ähnlich unzufrieden ist der Landesverband mit den unterschiedlichen Standards in Thüringen und der mangelhaften Zusammenarbeit der Jugendämter untereinander. Seine Forderungen:

- Schaffung einer Dienst- und Fachaufsichtsbehörde mit Weisungsbeziehung über die Jugendämter
- Einheitliche fachliche Standards im Kinderschutz und Pflegekinderwesen nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Bindungs- und Traumafor-

schung

- Verbindliche finanzielle Rahmenbedingungen
- Fachabteilungen in Jugendämtern und qualifizierte Mitarbeiter in der Jugendhilfe; genügend Sozialarbeiter, die vor Ort gleich Hilfe leisten
- Überregionale Vermittlung von Pflegekindern, damit jedes Kind und jeder Jugendliche das gleiche Recht auf eine Familie hat.

*Auf großes Interesse war das Fachgespräch der Linksfraktion in Zusammenarbeit mit dem Verein für Pflege- und Adoptivfamilien in Thüringen e.V. zum Pflegekinderwesen gestoßen. MdL Karola Stange (hier im Gespräch mit Teilnehmerinnen), konnte dazu auch die Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD) begrüßen.*



Ungerecht behandelt fühlen sich die Pflegeeltern aber auch gegenüber Familien in anderen Bundesländern. In Thüringen sind die Pauschalbeträge für Vollzeitpflege durchgängig niedriger als in allen anderen Bundesländern – und das nicht nur im Vergleich zu reicheren Ländern, sondern z.B. auch im Vergleich mit Sachsen und Sachsen-Anhalt. Während sich andere Länder an die Vorschläge des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge halten, unterschreitet Thüringen diese in allen Altersstufen. So bekommen Pflegeeltern für ein dreijähriges Pflegekind in Thüringen 644 und in Sachsen 714 Euro, für ein dreizehnjähriges Kind 719 Euro in Thüringen und 875 Euro in Sachsen. Über das gesamte Kinder- und Jugendleben bis zum 18.

Lebensjahr summieren sich diese Unterschiede auf 19.080 Euro. Mag sein, dass sich die Pauschalbeträge hoch anhören. Dafür brauchen Pflegekinder aber auch oft Förderkurse, Unterstützungsleistungen und Therapien, die häufig genug privat finanziert werden müssen, da die Leistungen der Jugendämter oft zeitlich eingeschränkt sind oder nur in besonders schwierigen Fällen greifen. Gemeinsame fachliche Empfehlungen und gute Standards

sind genauso wichtig, wie die Gleichbehandlung der Eltern. Es gibt keinen fachlichen Grund, warum die Unterstützung für ein dreizehnjähriges Kind in Thüringen so viel schlechter ausfällt als in Sachsen. Thüringer Pflegeeltern sind nicht schlechter, brauchen nicht weniger Geld und haben es mit den gleichen Problemlagen zu tun. Nicht wenige Kinder haben Bindungsschwierigkeiten, leiden unter den Folgen von Alkohol- oder Drogenmissbrauch ihrer leiblichen Eltern, sind traumatisiert. Hier brauchen die Pflegeeltern besondere Unterstützung. Nicht einem Kind ist geholfen, wenn es im Heim bleiben oder dahin zurückkehren muss, weil die Hilfe und Unterstützung nicht ausgereicht haben.

Gabi Ohler

## Mit Praktikanten auf Exkursion

*Dass Thüringen mehr ist als der Landtag, haben die ausländischen Praktikantinnen und Praktikanten schon gewusst. Aber haben sie geahnt, dass es so vielfältig sein kann? Nach Wochen, die*



*überwiegend mit Papier und Word-Dateteilen angefüllt waren, endete nun das Praktikum von Grom, Roman, Inna (Rußland) und Shauna (USA) bei den Fraktionen von LINKE, Grünen und FDP. Die Fraktionen hatten sich zum Abschluss verabredet, jeweils einen Exkursionstag zu gestalten. Mit der LINKEn gings nach Jena und Rudolstadt. Zum Warmwerden eine tolle Musik-Show im Planetarium, danach zum Jen-Tower, der heute nicht mehr der Uni gehört, sondern der Jenaer Wirtschaft. Von oben hat man eine tolle Aussicht, und bei der lässt sich*

*herrlich diskutieren! Dann wurde es finanzpolitisch: im hervorragend restaurierten Rudolstädter Stadtschloss erläuterte uns Vizepräsident Michael Gerstenberger die Aufgaben und die Arbeitsweise des Thüringer Landesrechnungshofs (s.Foto). Die Fragen gingen vom Landeshaushalt über die Grundsätze betrieblicher Rechnungsführung bis hin zu den Schwierigkeiten, Verwaltung vollständig über PC abzuwickeln. Was z.B. ist dann noch ein Original? Welche Unterschrift gültig? Interessant, dass der Rechnungshof seinen Prüfauftrag jeweils selbst formuliert.*

*Michael Gerstenberger steht für einen Rechnungshof, der seinen Prüfauftrag nicht nur auf die Quittungen der jeweiligen Kantine erstreckt, sondern der auch Inhalte und Effizienz des Mitteleinsatzes von Behörden gemessen an ihren Aufgaben prüfen will. Viel zu tun für 160 Mitarbeiter, die Landesbehörden mit 30.000 Beschäftigten zu prüfen haben. Diese Arbeit, so gab der Rechnungshof-Präsident, Dr. Sebastian Dettke, auf den Weg, ist eine entscheidende Instanz der demokratischen Kontrolle im Kampf gegen Korruption und Miss-*

*brauch von Steuermitteln. Schön, dass Michael Gerstenberger noch einen kleinen Rundgang durch Rudolstadt anhängte. So bleibt Thüringen ein Stück mehr in guter Erinnerung. Touristisch und politisch. Mit vielen neuen Eindrücken, müde, aber rechtzeitig zum Fußballspiel Deutschland-Italien waren die Praktikantinnen und Praktikanten wieder in Erfurt. Dr. Steffen Kachel*

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

### Der Demokratielenker

Der Bundespräsident mahnt die Kanzlerin: Joachim Gauck richtet im Interview mit dem ZDF eine Forderung an Angela Merkel. Es geht – natürlich – um den „Euro-Rettungsschirm“. Nein, Gauck fordert von Merkel keine andere, keine bessere Politik.

Sie soll nur ihren Kurs besser erklären. „Sie hat nun die Verpflichtung“, so doziert Gauck, „sehr detailliert zu beschreiben, was das bedeutet, auch fiskalisch bedeutet“. Nun dürfte es den Menschen kaum nützen, schlechte Politik besser erklärt zu bekommen.

Immerhin ist schon allerhand „erklärt“ worden: das „katastrophale Scheitern des Marktradikalismus und der Deregulierungsideologie“ (Wolfgang Lieb 2009 auf den „Nachdenkseiten“) firmiert deswegen jetzt als „Schuldenkrise“. Von den Ursachen, den Mechanismen des globalen Kapitalismus, redet kaum noch jemand, im ZDF schon gar nicht. Schuld sind nun die Staaten, die „über ihre Verhältnisse leben“. Geschleift wird folgerichtig die Sozialpolitik.

Wolfgang Lieb hat seinerzeit auch auf „das Zusammenspiel von Marktradikalismus und Propaganda“ hingewiesen und einen Zusammenhang zur Ideologie der „gelenkten Demokratie“ hergestellt. Die wird hierzulande nur mit dem Russland Wladimir Putins verbunden. Vordenker ist indes der US-Journalist Walter Lippmann, der dem Westen die politische Beeinflussung der Massen empfahl. Diese Mechanismen funktionieren. Lieb konstatiert, dass genau dadurch „die politischen Repräsentanten, die durch ihre Politik in die Krise geführt oder sie zumindest nicht abgewendet haben, eine Mehrheit erlangen können und weiter machen können wie zuvor“. Nichts anderes hat Gauck mit seiner Botschaft an Merkel im Sinn. Auf Alternativen auch nur hinzuweisen, liegt der Agenda des selbsternannten „Demokratielenkers“ fern.